

BRÜSSEL ZUM KROATISCHEN DEFIZIT

Kroatien kann seine Schulden nicht mehr verschleiern!

von Gordan Duhaček

erschieden am 17.9.2013

Quelle: tportal.hr

<http://www.tportal.hr/vijesti/svijet/286467/Za-Hrvatsku-vise-nema-skrivanja-dugova.html>

Tportal.hr hat mit einem Brüsseler Insider über die Bedeutung des fortwährend steigenden kroatischen Haushaltsdefizits im EU-Kontext sowie über die Auswirkungen der Einleitung eines Defizitverfahrens gesprochen. Aus dem Kabinett von EU-Vizekommissionspräsident Olli Rehn sind beruhigende Worte zu vernehmen, während andere davor warnen, dass "das derzeitige Vorgehen die Situation verschärft".

Kroatien sieht sich langsam, aber sicher mit den konkreten Auswirkungen seiner EU-Mitgliedschaft konfrontiert. Obwohl sich die Öffentlichkeit hauptsächlich mit der so genannten **Lex Perković** beschäftigt, besteht die viel größere Herausforderung darin, das kroatische Haushaltsdefizit in Einklang mit dem EU-Recht zu bringen, aufgrund dessen sich bereits die Einleitung eines **Defizitverfahrens** abzeichnet. Ende Oktober veröffentlicht Eurostat nämlich seinen Bericht über den öffentlichen Schuldenstand, in dem zum ersten Mal auch Kroatien berücksichtigt wird, das zweifelsohne Probleme mit seinem Haushaltsdefizit hat. In diesem Zusammenhang muss auch darauf hingewiesen werden, dass Eurostat andere Berechnungsverfahren als die in Kroatien bislang üblichen anwendet, so dass von einem Anstieg des kroatischen Defizits auf bis zu fünf Prozent auszugehen ist. Kroatien muss daher mit der Einleitung eines Defizitverfahrens rechnen, das im Übrigen zur Zeit gegen nicht weniger als 15 weitere EU-Mitgliedstaaten läuft.

Im Rahmen eines solchen Defizitverfahrens muss die kroatische Regierung der Europäischen Kommission Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits vorschlagen, woraufhin die Kommission eine Stellungnahme und konkrete Empfehlungen abgibt. Angesichts der Tatsache, dass die kroatischen Behörden über ein Jahr Gelegenheit hatten, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, stellt sich auch die Frage, wo und wem die kroatische Regierung die Haushaltsmittel kürzen und welche Rolle Brüssel dabei spielen wird.

Verantwortlich für das Defizitverfahren ist **der für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständige EU-Vizekommissionspräsident Olli Rehn**, der die Situation Kroatiens ausgezeichnet kennt, da er zuvor das Ressort EU-Erweiterung inne hatte. Auf die Bitte von tportal.hr um Stellungnahme zur Einleitung eines Defizitverfahrens im Falle Kroatiens sagte **Olli Rehns Sprecherin Vandna Kalia**, dass derzeit "eine Lagebewertung vorgenommen und abgewogen wird, ob ein exzessives Defizit besteht", und "ein entsprechender Bericht erarbeitet wird". Aus einer anonymen Brüsseler Quelle haben wir jedoch erfahren, dass sich die Europäische Kommission darüber im Klaren ist, dass dieses Defizit besteht, so dass Kroatien sehr wahrscheinlich ein Defizitverfahren droht, obwohl Rehn dies öffentlich noch nicht bestätigen will.

Aus dem Kabinett des EU-Vizepräsidenten ist jedoch zu vernehmen, dass "Kroatien die Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erfüllen und seine Statistiken an die Vorgaben von Eurostat anpassen muss". Kurz gesagt: Nun ist Schluss mit kreativer Mathematik und Verschleierung von Schulden, wie dies vom kroatischen Finanzminister **Slavko Linić** noch immer versucht wird. Aus dem Kabinett von Olli Rehn ist auch zu hören, dass Kroatien "makroökonomische, fiskalische und strukturelle Reformen" braucht und das Land "nächstes Jahr Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung" ergreifen sollte. Wolle Kroatien ein Defizitverfahren vermeiden und einen langfristigen Wirtschaftsaufschwung gewährleisten, müsse es sich "für eine klare und nachhaltige Konsolidierungsstrategie entscheiden und gleichzeitig Strukturreformen durchführen", da sonst keine "stabile Wirtschafts- und Finanzlage" erzielt werden könne. Aus dem Brüsseler Bürokratenjargon übersetzt bedeutet dies, dass die kroatische Regierung offensichtlich noch keine solche "klare und nachhaltige Strategie" zur Lösung dieser Fragen hat.

Das Kabinett von Olli Rehn weist zudem darauf hin, dass "aufgrund eines übermäßigen Defizits bestimmte Haushaltsempfehlungen ausgesprochen" und "konkrete Fristen und Haushaltsziele vorgegeben werden", was bedeutet, dass Brüssel die kroatische Regierung zu schmerzhaften Kürzungen anhalten wird, vor denen sie sich selbst gedrückt hat. Unabhängig davon sei "das nationale Parlament in seinen Beschlüssen über die Änderung und die Annahme des Haushalts souverän", betont der Vizepräsident der EU-Kommission.

Eine andere Sicht auf die Dinge bietet **Thomas Delapina, österreichischer Wirtschaftsexperte und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)**, einer beratenden Einrichtung der Europäischen Kommission. Auf den EWSA geht etwa der Beschluss der Europäischen Kommission über die stufenweise Abschaffung der Roaminggebühren in der Mobiltelefonie auf eine Initiative des EWSA zurück, und beachtenswert ist auch, dass die Stellungnahme von Thomas Delapina zum Defizitverfahren vom EWSA, der sich aus Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammensetzt, mehrheitlich (mit nur drei Gegenstimmen!) angenommen wurde. Somit schließen sich auch die Vertreter der europäischen Wirtschaft dem Standpunkt an, "dass das derzeitige Vorgehen der Kommission die Situation verschärft", wie Thomas Delapina gegenüber tportal.hr erklärt: "Dies alles führt auch zu inakzeptablen sozialen Bedingungen. Zweifellos ist eine stärkere Abstimmung der Fiskalpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten notwendig ist, aber die Einmischung der Kommission in die nationale Politik scheint aus demokratischer Sicht sehr fragwürdig."

Thomas Delapina will Kroatien keine Ratschläge erteilen, weist aber darauf hin, dass "eine starke industrielle Basis die beste Voraussetzung für die Bewältigung der Wirtschaftskrise" sei (unnötig, hier auf die Verfassung der kroatischen Industrie zu verweisen!). Außerdem seien Länder mit einem funktionierenden sozialen Dialog weniger anfällig für Krisen. "Eine Stabilisierung von Beschäftigung, Einkommen, Vertrauen und Staatsausgaben" lässt sich am besten "durch eine Einigung der Sozialpartner" im Dialog erzielen, der aber in Kroatien in der Zwischenzeit überhaupt nicht mehr stattfindet.

Das Defizitverfahren, so sind sich alle Gesprächspartner einig, kommt schon nächstes Jahr auf Kroatien zu, und es wird sich erheblich stärker auf die sozialen und wirtschaftliche Lage des Landes auswirken als die Posse rund um den europäischen Haftbefehl. Der einzige Trost besteht vielleicht darin, dass Kroatien mit seinem Haushaltsdefizit in der EU nicht alleine dasteht, sondern sich in bester Gesellschaft u.a. Frankreichs, Portugals, Italiens, Sloweniens, Polens und Spaniens befindet.
